Zitat: „...bei der Genehmigung dieser Planung alle verkehrlichen und sicherheitsrelevanten Vorschriften bis hin zur Verordnung des Landes Nordrhein-Westfalen - was die Feuerwehr betrifft - eingehalten werden und dementsprechend dann auch die Genehmigung erteilt wird weil alle gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.“

Rechtlicher Hinweis der Verwaltung:

§ 12 Abs. 1 Nr. 1 der StVO: „Das Halten ist unzulässig an engen und an unübersichtlichen Stellen.“ Eng ist eine Straßenstelle üblicherweise, wenn der zur Durchfahrt insgesamt freibleibende Raum für ein Fahrzeug mit der allgemein höchstzulässigen Breite (= 2,55 m gem. § 32 Abs. 1 Nr. 1 StVZO) zuzüglich jeweils 25 cm seitlichem Sicherheitsabstand links und rechts bei vorsichtiger Fahrweise nicht ausreichen würde. Somit wird eine Restbreite von 3,05 m benötigt, damit ein Fahrzeug von höchstzulässiger Breite mit entsprechender Vorsicht gefahrlos vorbeifahren kann.

Der Gesetzgeber hat den Begriff „schmal“ jedoch nicht in der Weise konkretisiert, dass es ein Mindestmaß für die noch zu verbleibende Fahrbahn gibt. Auch in der Rechtsprechung wird die Begrifflichkeit im Spannungsfeld zwischen Parken und ungehinderter Befahrbarkeit nicht einheitlich behandelt.

Ob eine Straße schmal im o.g. Sinne ist, richtet sich nach der Behinderung, die das Parken auf der gegenüberliegenden Seite verursacht.

Herr vom Berg erkundigt sich, warum vor einer Entscheidung über das Planverfahren bereits gebaut werde.

Hierzu wird durch Herrn Schmitz erläutert, dass ein rechtskräftiger Bebauungsplan bereits existiere und dort ein entsprechendes Baufenster festgesetzt sei.

Zur Situation des rückwärtigen Ausfahrens aus der Straße wird beziehend auf die Aussage des Herrn Schnäpp durch die Ausschussmitglieder H. Merx, Mitter und Krichel an Praxisbeispielen ausgeführt.

Durch Herrn Drexler wird die Aufhebung des Bebauungsplanes und Einrichtung einer Gestaltungssatzung beantragt.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss fasst den Aufstellungsbeschluss zur Aufhebung für den Bebauungsplan Nr. 40 / Bedburg gemäß § 2 Abs. 1 BauGB, in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. Mai 2017 (BGBl. I S. 1057).

Ergänzend hierzu soll eine Gestaltungssatzung zur Aufrechterhaltung der baulichen Ordnung aufgestellt werden.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimme(n), 6 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)